Stand: 16.12.2025 10:51:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17487

"Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/17487 vom 28.06.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18679 des KI vom 19.10.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/18946 vom 09.11.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

28.06.2017 Drucksache 17/17487

Antrag

der Abgeordneten Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Joachim Unterländer, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Florian Hölzl, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU

Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

- Der Landtag spricht sich angesichts der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands dafür aus, Antisemitismus entschieden zu bekämpfen. Die historische Verantwortung der Bundesrepublik verpflichtet uns, jüdisches Leben und jüdische Kultur in Bayern nachhaltig zu fördern.
- Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, welche Maßnahmen zur Verhinderung von antisemitischen Einstellungen insbesondere auch im schulischen Bereich ergriffen werden und wie jüdisches Leben und jüdische Kultur in Bayern aktuell gefördert werden.

Im Bericht sind insbesondere die folgenden Handlungsfelder zu beleuchten:

- Antisemitismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen in der öffentlichen Kommunikation und seine Darstellung/Thematisierung durch die öffentlich-rechtlichen Medien;
- Antisemitische Straftaten;
- Prävention;
- Forschung;

- Politische sowie schulische Bildung, insbesondere Vermittlung der Komplexe "Antisemitismus" und "Holocaust", vor allem bei jungen Menschen mit nichtdeutscher Herkunft bzw. Sozialisation;
- Antisemitismus bei Migrantinnen und Migranten;
- Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern;
- Gestaltung der bayerisch-israelischen Beziehungen durch die Staatsregierung.

Begründung:

Der Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (BT-Drs. 18/11970 vom 07.04.2017) enthält Handlungsempfehlungen auf Bundesebene zu verschiedenen Themenbereichen, insbesondere mit dem Schwerpunkt Bildung und Prävention. Der Bundestag hatte in seinem Antrag auf Einsetzung des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus um einen Bericht gebeten, der u. a. einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen legt, die auf Bundesebene umgesetzt werden können. Die Handlungsempfehlungen lassen sich daher nicht eins zu eins auf die Landesebene übertragen. Der Landtag ist sich jedoch auch der zentralen Bedeutung der politischen Bildung und Präventionsarbeit für eine funktionierende Demokratie und zur Verhinderung von Antisemitismus bewusst. In Bayern besteht bereits ein breites Spektrum an Präventions- und Bildungsmaßnahmen, wie sich beispielsweise auch aus dem Bericht der Staatsregierung vom 17.05.2017 zum Beschluss des Landtags vom 01.02.2017 (Drs. 17/15223) ergibt. Neben der Prävention von antisemitischen Straftaten und verschiedener Präventions- und Bildungsmaßnahmen ist auf der anderen Seite aber auch die jüdische Kultur vermehrt in den Mittelpunkt zu stellen. Daher sollte auch aufgezeigt werden, wie das jüdische Leben in Bayern gefördert wird.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

19.10.2017 **Drucksache** 17/18679

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU Drs. 17/17487

Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Dr. Hans Reichhart Mitberichterstatter: Florian Ritter

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und der Ausschuss für Bildung und Kultus haben den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 5. Juli 2017 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
- 3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 19. Oktober 2017 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
- 4. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 19. Oktober 2017 mitberaten und einstim-mig Zustimmung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

09.11.2017 Drucksache 17/18946

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Joachim Unterländer, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Florian Hölzl, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU

Drs. 17/17487, 17/18679

Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern

- Der Landtag spricht sich angesichts der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands dafür aus, Antisemitismus entschieden zu bekämpfen. Die historische Verantwortung der Bundesrepublik verpflichtet uns, jüdisches Leben und jüdische Kultur in Bayern nachhaltig zu fördern.
- Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, welche Maßnahmen zur Verhinderung von antisemitischen Einstellungen insbesondere auch im schulischen Bereich ergriffen werden und wie jüdisches Leben und jüdische Kultur in Bayern aktuell gefördert werden.

Im Bericht sind insbesondere die folgenden Handlungsfelder zu beleuchten:

- Antisemitismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen in der öffentlichen Kommunikation und seine Darstellung/Thematisierung durch die öffentlich-rechtlichen Medien;
- Antisemitische Straftaten;
- Prävention:
- Forschung;
- Politische sowie schulische Bildung, insbesondere Vermittlung der Komplexe "Antisemitismus" und "Holocaust", vor allem bei jungen Menschen mit nichtdeutscher Herkunft bzw. Sozialisation;
- Antisemitismus bei Migrantinnen und Migranten:
- Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern;
- Gestaltung der bayerisch-israelischen Beziehungen durch die Staatsregierung.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über eine Subsidiaritätsangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen,dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am 7. November die unter der Nummer 1 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit betreffend "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die "EU-Cybersicherheitsagentur" … und zur Aufhebung der Verordnung … Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik … Bundesratsdrucksache 680/17", beraten und empfohlen hat, auf die in der Drucksache 17/18826 aufgeführten Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion bzw. als fraktionsloser Abgeordneter mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

zur 115. Vollsitzung am 9. November 2017

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Subsidiaritätsangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Ε ς	hec	-	ıtor	٠.

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Subsidiaritätsangelegenheit

 Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die "EU-Cybersicherheitsagentur" (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik ("Rechtsakt zur Cybersicherheit"), COM (2017) 477 final,

BR-Drs. 680/17

Drs. 17/18826, 17/18837 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	Α

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Antisemitismus entschieden bekämpfen! Drs. 17/16766, 17/18678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

3.	Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u.a. SPD Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus Drs. 17/16970, 17/18674 (A)					
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
4.	Antrag der Abgeordneten Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern Drs. 17/17487, 17/18679 (E) Votum des federführenden Ausschusses für					
	Kommunale Fragen, Ir		ροπ FREIE WÄHLER	GRÜ		
	CSU	SPD	_	_		
				Z		
5.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Antisemitismus entschlossen entgegentreten Drs. 17/17525, 17/18681 (A)					
	Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A	Z		Z		
6.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Lärmschutz an der A 6 im Stadtgebiet Ansbach Drs. 17/16135, 17/18794 (ENTH) Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ ENTH					

Anlage 1
zur 115. Vollsitzung am 9. November 2017

7.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bodenschutz in Bayern: Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters Drs. 17/16345, 17/18795 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A		
8.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Anhörung zur Schwimmfähigkeit in Bayern Drs. 17/17773, 17/18682 (A)				
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
9.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kindermord in Arnschwang: Sonderermittler einsetzen Drs. 17/17575, 17/18676 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A	A		
10.	 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über Maßnahmen zur Verhinderung von Abrechnungsbetrug in der Pfle Drs. 17/17593, 17/18695 (E) 				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

Anlage 1 zur 115. Vollsitzung am 9. November 2017

11.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Packungsbeilage für Arzneimittel in "Leichter Sprache" Drs. 17/17595, 17/18696 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
12.	2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Tram-Nordtangente in München verwirklichen Drs. 17/17816, 17/18797 (A)				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		ENTH		
13.	Antrag der Abgeordne Joachim Unterländer u Stärkung der Betreuur Drs. 17/17860, 17/187	ı.a. CSU ngsvereine	Barbara Stamm,		
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
14.	Antrag der Abgeordne Weiterentwicklung des Gymnasium Würzburg Drs. 17/17862, 17/188	Studienzweigs Musik im Sinne der Begabte	am Matthias-Grünewa	ıld-	
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

zur 115. Vollsitzung am 9. November 2017

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
 Geplante Reform der Integrationsberatung: Offene Fragen klären, Landtag miteinbeziehen, Fachgespräch zügig durchführen Drs. 17/18252, 17/18690 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Mangelverwaltung bei Lehrkräften endlich beenden! Drs. 17/17815, 17/18799 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z